Leitartikel

Zurücktreten, bitte!

Ursula von der Leyen sollte auf den Terrorskandal mit einem klaren Signal reagieren.

Dies ist die Stunde der Ursula von der Leyen. Dies ist die Stunde, in der sie zurücktreten sollte. Es geht dabei um mehr als ihre persönliche Verantwortung für unerträgliche Zustände in der Bundeswehr. Es geht um ihre Verantwortung für das Große und Ganze. Hier muss jemand ein Zeichen setzen, und das kann nur sie tun. Oder die Kanzlerin muss eingreifen.

Offiziere der Bundeswehr wollten mutmaßlich Politiker der Bundesrepublik ermorden und den Verdacht auf Flüchtlinge lenken. Ein geplanter Anschlag von deutschen Soldaten auf Menschen, die Institutionen der Bundesrepublik verkörpern, ein geplanter Anschlag von deutschen Soldaten auf das zentrale politische Projekt von Angela Merkel. Ein rechtsextremistisches Netzwerk, das sich trotz eines frühen Verdachts entfalten konnte. Das ist so schockierend, so unerhört, dass es mit Reformen bei der Bundeswehr nicht getan ist.

Armeen sind immer heikel. Dort liegt die Macht der Waffen, dort liegt das Potenzial zum Putsch. Sie sind ein Garant der Sicherheit eines Staates, aber auch eine mögliche Bedrohung für den Staat. In Soldatenseelen muss die Gewaltbereitschaft zugleich entfesselt und gezähmt werden, naturgemäß eine äußerst schwierige Balance.

Zudem ist der rechte Rand eine naheliegende Versuchung für instabile Soldaten. Waffenkult, Heldenverehrung, Nationalismus und die Eigenermächtigung der Entschlossenen, Gewaltbereiten haben dort eine politische Heimat. Die Kontrolle der Armee ist aus all diesen Gründen eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. In den westlichen Demokratien ist dies bislang einigermaßen gelungen, auch in der Bundesrepublik.

Von der Leyens eigener Ansatz sieht so aus, dass die Armee vor allem ein Unternehmen sein soll, ein Arbeitgeber, der sich familienfreundlich gibt. Soll er, aber etwas Verniedlichung steckt auch in ihrer Politik. Vielleicht hat die Ministerin das böse Potenzial, das in Waffentragern stecken kann, unterschätzt. Es bricht ja auch nur bei den wenigsten durch. Insgesamt ist die Bundeswehr eine verlässliche, staatstragende Institution. Entscheidend ist jedoch, wie man mit dem Rand umgeht.

Es hilft daher nicht, sich damit zu beruhigen, dass nur ein paar Wirrköpfe Anschläge erwogen und vorbereitet haben. Gerade der Wirrkopf oder Psychopath ist zu erstaunlichen Karrieren und Taten in der Lage. Man denke

an Nero oder Hitler. Der funktionierende Wirrkopf ist die gefährlichste Spezies der Welt. Und die Wirrköpfe in der Bundeswehr haben funktioniert. Sie konnten in einem System strenger Kontrollen in Offiziersränge aufsteigen, wurden mit Verantwortung betraut.

Hier beginnt das Versagen der Bundeswehr, hier beginnt der Skandal. Es gab schon im Jahr 2014 einen Hinweis auf die rechtsextreme Gesinnung von Franco A. Er konnte ein Netzwerk aufbauen und pflegen, ungestört von Kameraden und Vorgesetzten. Es ist noch nicht bekannt, wie weit und tief dieses Netzwerk reicht, wie viel das Umfeld wusste oder ahnte. Meist gilt: Ein Umfeld hat ein Umfeld. Man hört etwas Unerhörtes, erzählt es weiter, und dann kommt es darauf an, wie sensibel das System für das Unerhörte ist.

Der Militärische Abschirmdienst führt 280 Fälle mutmaßlicher Neonazis in seinen Akten zur Bundeswehr. Es gibt eindeutig ein Problem mit rechtsextremistischer Gesinnung. Es gibt einen starken Hang zur Traditionspflege gegenüber der Wehrmacht. In diesem System konnten sich Franco A. und seine Gefährten in Ruhe entfalten.

Nun will die Ministerin einen Haufen Maßnahmen ergreifen, um die Bundeswehr sensibler zu machen gegen Rechtsextremismus. Warum erst jetzt? Sie ist seit über drei Jahren im Amt. Das ist ihre Armee. Für die Gefahren von Neonazis hat sie sich nicht sonderlich interessiert.

Das Gewicht dieses Falles kann man nicht unterschätzen. Armee, Rechtsextremismus, Mord – diese Stichwörter verknüpfen ihn mit den übelsten Jahren der deutschen Geschichte. Zudem steht er in einer Reihe mit der Terrorgruppe NSU, die türkischstämmige Menschen mordete. Auch hier waren Behörden nachlässig, nicht sensibel für Rechtsextremismus. Es gibt noch viel zu viel braune Soße in diesem Land, siehe auch den äußersten Flügel der AfD. Und Rechtsextremismus ist der schlimmste Verstoß gegen das Selbstverständnis der Bundesrepublik.

Das alles zusammen verlangt nach einem großen Zeichen, einer symbolischen Tat. Es kommt daher nicht in erster Linie darauf an, was von der Leyen im Fall Franco A. persönlich vorzuwerfen ist. Es kommt darauf an, dass der alte Umgang mit dem Rechtsextremismus nachlässig war. Es muss einen Neustart geben. Die Verteidigungsministerin sollte der Bundeskanzlerin daher ihren Rücktritt anbieten. Und die sollte ihn annehmen. Dirk Kurbjuweit

WOLFGANG KÜMM / DPA